

1. Abs: _____

An
Hauptzollamt _____

z.Hd. Hr. _____

Sehr geehrter Hr. _____

Nach Überprüfung meiner Zulassungsbescheinigung Teil 1 und 2 und der Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen, ist mir aufgefallen, dass ich arglistig getäuscht wurde und es sich bei der Anmeldung des Fahrzeuges um Falschbeurkundung Amtsmissbrauch und Täuschung im Rechtsverkehr handelt.

Meine Zulassungsbescheinigung wurde gemäß der veralteten Richtlinie 1999/37/EG ausgestellt, in der unter C4c steht: „Der Inhaber der Zulassungsbescheinigung wird nicht als Eigentümer des Fahrzeuges ausgewiesen.

Nun, diese Richtlinie wurde schon 2003 durch die Richtlinie 2003/127/EG ersetzt und die Ausweisung unter C4c müsste lauten: „Der Inhaber die Zulassungsbescheinigung wird nicht als Fahrzeughalter ausgewiesen.

Da ich nun schon für eine geraume Zeit für ein Fahrzeug Steuer, Versicherung und Betriebskosten zahle, dessen Eigentümer und Halter unbekannt ist, vordere ich Sie nunmehr auf mir mitzuteilen, wer der Halter des Fahrzeuges ist.

Bis dahin entziehe ich Ihnen die Einzugsermächtigung und sollte ich in einer Frist von 14 Tagen nach Erhalt des Schreibens keine rechtsgültige und gerichtsverwertbare Antwort erhalten, vordere ich hiermit die durch Täuschung erhaltene Steuerzahlungen zurück.

Ich weise auch in diesen Zusammenhang auf GG Art.19 (Zitiergebot) und Verwaltungsverfahrensgesetz § 25 zusammen mit Verwaltungsverfahrensgesetz § 44 hin, bei dem Sie verpflichtet sind rechtsverbindlich und gerichtsverwertbar zu antworten, da Sie gemäß BBG (Bundesbeamtengesetz) § 63 selbstverantwortlich handeln.

Sollten Sie in einer Frist von 14 Tagen gemäß BGB nach Erhalt des Schreibens nicht antworten, werde ich ihre erneute Forderung als gegenstandslos betrachten und erwarte eine Rückzahlung der schon gezahlten Beträge.

Das Recht zu klagen unter Umständen an internationalen Gerichten behalte ich mir vor.

Mit freundlichen Gruß

_____, den _____